

# Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Ercheint Sonntags  
 Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal  
 bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
 Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
 Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
 Vermögensverwaltung des Verbandes  
 Hamburg 11608

## Tagung des Verbandsbeirats.

Einmal vor Stattfinden unseres Verbandsfestes am 4. und 5. April in Hamburg der Beirat zusammen, um zu einer Reihe wichtiger Fragen Organisation und des Berufes Stellung zu nehmen. In der Tagesordnung standen die Punkte: 1. Bericht des Beirats; a) die Lehrlingsfrage; b) die Lackiererfrage; c) die Aufgaben der Organisation und die in diesem Zusammenhang entfaltende Agitation.

Der Beirat beleuchtete vorerst in seinem Bericht zum ersten Punkt die Wirtschaftslage im allgemeinen, die sich bisher noch nicht befriedigend entwickelt hat. Wohl sei ein Abflauen der Arbeitslosigkeit festzustellen, aber die Bauwirtschaft werde immer noch hauptsächlich durch öffentliche Mittel befristet. Auch von der Industrieerholung werde in dieser Beziehung die Rede nicht hinreichend befürchtet werden, weil diese für diesen Zweck verwendet würde. Ebenso wenig sei eine stärkere Belebung der Renovierungsarbeiten zu erwarten. In unserem Gewerbe betrug die Arbeitslosigkeit im Januar dieses Jahres 38 %, im Februar 34 %, im März waren noch 14,2 % unserer Mitglieder, trotzdem wir einen sehr milden Winter zu verzeichnen haben. Außerordentlich sei die Zunahme des Kleinhandels und die Lehrlingszuckerung. Bei den gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern des Reichsarbeitsrates für das deutsche Malergewerbe, die in erster Linie die Beschaffung in den Wintermonaten gewöhnlicher Monatsrichtlinien vereinbart werden, mit dem Saisoncharakter unseres Gewerbes nach und nach zu beheben, eine stärkere Betätigung des Malers durch kunsthandwerkliche Ansprüche zu fördern, die Ausbildung eines dem Umfang des Gewerbes entsprechenden, körperlich und beruflich leistungsfähigen Nachwuchses zu sichern, die fachliche Leistungsfähigkeit der Lehrlinge und Gehilfen im Malergewerbe zu heben, die Arbeitslosigkeit unter dem Einfluß der Verbände weiter zu bekämpfen, den Reichsarbeitsrat gewissenhaft durchzuführen, die Konkurrenz zu bekämpfen und eine Preispolitik zu fördern, die im Interesse der Vertragsparteien manche örtliche Widerstände galt es bei der Anpassung zu überwinden, immerhin seien in vielen Fällen gute Erfolge auf diesem Wege erzielt worden. Notwendig ist in Zukunft frühzeitig vorzugehen. In seinen Ausführungen behandelte der Referent dann die Verhandlungen zur Erneuerung des Reichsarbeitsgesetzes, wobei er auf die Schwierigkeiten hinwies, die sich von Arbeitgebern in Halberstadt und Ummendorf gegen die Verbindlichkeitsklärung ohne Erfolg gemacht werden. Die Verhandlungen über unsere Lohnforderungen seien eingeleitet und in aller nächster Zeit stattfinden. Wie bisher habe der Beirat den Gesundheitsfragen und dem Arbeitsdauernd rege Aufmerksamkeit geschenkt. Im letzten Jahre sei das Genfer Abkommen in der Frage der Verwendung in Kraft, leider sei die Ratifizierung durch die deutsche Regierung noch nicht erfolgt, trotzdem es auch im Parlament, von unserm Verbande aufgedrängt wurde. Weiter sei der Vorstand darauf hingewiesen, auch für die durch gewisse Terpentinersäure den Hautkrankheiten die Entschädigungspflicht zu erwirken, wie ferner für gesundheitsgefährliches Material eine Deklarationspflicht gefordert werde. Hier dringende Aufgabe der Berufsgenossenschaften, die Preise; leider haben die Arbeiter in diesen Korporationen keine Vertretung. Das „Fachblatt der Maler“ habe jetzt in allen in Betracht kommenden Anerkennung seiner Leistungen gefunden, so daß eine Erweiterung durch Herausgabe eines beiblattes in der Mitte des Monats erfolgen wird, das natürlich eine entsprechende Preiserhöhung nach sich zieht. Auf die Herausgabe der „Perspektive für Dekorationsmaler“ und einer „Mappe über die Dekorationsmotive“ sei noch hingewiesen. Die Würdigung der ungünstigen Arbeitsverhältnisse, der Anstieg der Mitgliederzahl nicht zu erweisen, nur die Lehrlingsabteilung mache eine Ausnahme. Bedauerlich sei nur die außerordentlich hohe Zahl der geklebten beitragsfreien Marken, wodurch die Agitation ungünstig beeinflusst werde, da eine betragsfreie Zahl, rund ein Viertel der Mitglieder, keine

Beiträge gezahlt habe. Es könne darum bei künftigen Zahlern auch nicht die Forderung der alten Mitgliedsrechte anerkannt werden, um so weniger, als die Anforderungen an die Unterstützungsrichtungen dazu im schroffen Gegensatz stehen. Besonders stark habe sich die Krise bei den Lackierern bemerkbar gemacht, für diese und für die Lehrlinge soll — außer dem allgemeinen Flugblatt — eine besondere Propaganda entfalteter werden. Von Nummer 14 an werde der „Maler“ auf besserem Papier gedruckt, ebenso auch der „Malerlehrling“ und der „Lackierer“. Für das Malergewerbe werde eine umfassende Erhebung im kommenden Monat erfolgen; die jetzt im Frühjahr durchzuführende intensive Werbekampagne müsse vom Gesamtwillen der Kollegenschaft getragen werden. Die vielseitigen neuen Aufgaben haben alle Kräfte im Hauptbureau, in den Bezirken und Filialen außerordentlich belastet, auch das müsse einmal offen ausgesprochen werden. Im übrigen habe sich die Reform der Unterstützungen so ausgewirkt, wie vorauszu sehen war. Zum Schluß nahm er noch kurz Stellung über die Beteiligung an den sozialen Betrieben.

Zur Lehrlingsfrage im Malergewerbe führte Kollege Mehnert aus, daß durch die Statistik fast 18 000 Lehrlinge erfaßt wurden; aber aus den Zählungen in den Betrieben, in denen die Arbeitsverhältnisse tariflich erfaßt sind, ergäbe sich, daß über 25 000 Malerlehrlinge in ihnen vorhanden sind. Die Ueberfüllung des Gewerbes werde auch von der Meisterschaft anerkannt. Dazu komme, noch die Zunahme der Angelernten und der Kleinmeister, was einen starken Druck auf das Gewerbe bedeute. Den im Zusammenhang damit stehenden Bestrebungen auf Einführung eines neunten Schuljahres, was natürlich eine Verkürzung der Lehrzeit bedingen würde, ständen große Schwierigkeiten gegenüber. Warnungen vor Erlernung unseres Berufes versprächen nicht den zu erhoffenden Erfolg. Erstgültig sei, daß die Führer des Reichsbundes der Lehrlingsfrage Verständnis entgegenbringen; das gehe aus den Richtlinien hervor, die Eignungsprüfungen vorsehen und jährliche Zwischenprüfungen verlangen. Eine Bestimmung über zentrale Regelung der zulässigen Höchstzahlen konnten noch nicht festgelegt werden, das sei den örtlichen Organisationen überlassen worden. Zu verurteilen sei, daß Arbeitgeber ihre Lehrlinge wegen Arbeitslosigkeit aussenden lassen. Wir können uns auch nicht damit zufrieden geben, wenn die Meister in solchen Fällen Kostgeld bezahlen; an der Forderung von guter Ausbildung müssen wir festhalten. Der Entwurf zum Berufsausbildungsgesetz bedürfe noch wesentlicher Verbesserungen. Die Entwicklung des Organisationsverhältnisses in unsern Lehrlingsabteilungen sei sehr gut, die Mitgliederzahl habe sich im Laufe des letzten Jahres verdoppelt. Für die bessere Gestaltung des „Malerlehrling“, auch durch Illustrationen, werden wir bemüht sein.

Bei Errichtung der Zentralstelle für Lackierer im Hauptbureau, so führte Kollege Schwabe aus, waren in der Industrie recht günstige wirtschaftliche Aussichten vorhanden. Aber bereits im Herbst 1925 setzte die Krise ein und legte 2 Millionen Arbeiter brach. Besonders hart wurden die Waggon- und Maschinenindustrie betroffen; ähnlich sah es in der Automobil- und Karosserieindustrie aus. Das wirkte sich auf das Organisationsverhältnis unserer Lackiererkollegen scharf aus. Noch heute sind 10 % Kurzarbeiter vorhanden. Anfänge aufsteigender Konjunktur machen sich in der Autoindustrie bemerkbar. Die Werkindustrie lag ebenfalls sehr danteider, die Zahl der Beschäftigten ging von 75 000 auf 20 000 zurück. Nun hat sich auch hier die Lage gebessert, und für die Lackierer bestehen gute Aussichten auf Erwerbsmöglichkeit, so daß zu erwarten ist, daß die meisten der in andere Branchen Abgewanderten zurückkommen. Die Spritztechnik setzt sich allmählich immer mehr durch, sie hat besonders in der Autoindustrie mit der Einführung schnell trocknender Lacke Verbreitung gefunden. Ebenso die Schleifmaschine. Neben Nitrozellulose werden Holzölacke verwendet, so bei Daimler, Benz, Brennabor, Opel; bei andern Firmen werde die Spritzpistole nur zu Versuchszwecken angewendet. In Ammendorf bei Halle sei man von den Versuchen wieder abgekommen. Möbellackierereien seien noch im Versuchsstadium. Der Gesundheitsgefährdung in den Betrieben müsse überall Beachtung geschenkt werden, da vielfach die Abflaugevorrichtungen fehlen. Lack- und Terpentinlösungen komme oft vor, ohne daß die Kollegen wirkungsvolle

Maßnahmen treffen, ja nicht einmal Meldung erstatten. Dringend notwendig sei an vielen Orten die Errichtung von Lackierersektionen; denn nur bei Zusammenfassung der Kollegen in Sektionen sei eine wirksame Agitation möglich.

Darauf erstattete Kollege Heitrich noch einen ausführlichen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Jahre 1926 und über die Mitgliederbewegung, wobei er auf die gedruckte Abrechnung verwies. Bei den weiblichen Mitgliedern sei ein kleiner Rückgang eingetreten. In den höheren Klassen haben die Beiträge eine Zunahme erfahren; um so bedauerlicher sei die Zunahme der beitragsfreien Marken.

Die Aussprache zu den Referaten war eine äußerst sachliche, erkannten doch alle Redner an, daß im Rahmen des Möglichen geleistet wurde, was überhaupt im Interesse des Gesamtwohls der Organisation getan werden konnte. Gewünscht wurde, die Lohnverhandlungen möglichst bald zu beantragen. Angeregt wurde auch, der Generalversammlung eine Vorlage über Invalidenversicherung zu unterbreiten, das tue dem Kampfcharakter der Organisation keinen Abbruch. Mehrere Kollegen sprachen dagegen. Wenn gegen die „Richtlinien“ von gewissen Seiten geredet werde, so sollte sich der Vorstand in seinen Bestrebungen nicht irremachen lassen; vernünftig denkende Kollegen sehen darin nur den Anfang einer auch der Gehilfenschaft nützlichen Gewerbepolitik. Begrüßt wurde, daß vom Vorstand alles getan werde, um Gesundheitschädigungen zu vermeiden. Ueber die Ausgestaltung des Fachblattes wurden keine Einwendungen erhoben. Beklagt wurde über unlautere Praktiken der Reisenden von Spritzapparaten und auch darüber, daß in kleinen Orten Malermeister Desinfektionsmittel verkaufen und den Käufern Anweisungen über die Ausführung der Arbeiten geben, wie es auch in größeren Städten die Drogenhändler machen. Die rege Verfolgung der Lehrlingsfrage fand durchweg Zustimmung; gäbe es leider doch überall Arbeitgeber, die sich gegen die Organisation der Lehrlinge wenden, wie auch gegen den Verband. Aber meistens seien es die richtigen Lehrlingszuckerer, die wenige oder gar keine Gehilfen beschäftigen, um so mehr aber die Lehrlinge ausbeuten. Leider fehle es oft an geeigneten Führern; das Sportliche sollte nicht überwiegen. Eine Einschränkung der beitragsfreien Marken könnte durch die Filialen erfolgen, wenn die richtige Aufklärung gegeben werde. Von mehreren Kollegen wurde bedauert, daß nach dem Statut dem Beirat keine Möglichkeit gegeben sei, sich auf dem Verbandstag für seine Beschlüsse zu verantworten.

Im Schlußwort gab Kollege Streine eine nähere Aufklärung über die verschiedensten Neuierungen und Anfragen organisatorischer und veraltungstechnischer Art. Anträge auf Erhöhung oder weitere Ausgestaltung der Unterstützungsrichtungen sollten unterbleiben, da sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchgeführt werden könnten ohne eine größere Beitragserhöhung. Ueber die vorbereitende Tätigkeit zu einer wirksamen Reklame für Malerarbeiten aller Art im Verein mit andern Korporationen erstattete er einen übersichtlichen Bericht. Für die Schaffung eines neuen Verbandsplakats werde wieder ein Preisausschreiben erlassen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung unterbreitete der Vorsitzende in allgemeinen Umrissen die vom Vorstand beratenen Vorschläge über die nunmehr im ganzen Verbandsgebiet zu entfaltende Agitation. Das Werbematerial sei fertiggestellt. Wesentliche Versammlungen kämen nicht in erster Linie und nicht überall in Betracht. Vor allem müsse planmäßig und gewissenhaft die notwendige Kleinarbeit durchgeführt werden. Für Lackierer würden an bestimmten Orten besondere Agitationsversammlungen stattfinden, selbstverständlich unter Teilnahme der übrigen Berufskollegen. Des weiteren behandelte er noch eine Reihe faktischer Fragen und die Aufgaben der Nürnberg Generalversammlung.

In der Diskussion äußerten sich die Redner zustimmend zu dem Referat und den zu treffenden Maßnahmen. Damit war die letzte Tagung des für diese Geschäftsperiode gewählten Beirats beendet. Kollege Streine wies noch auf den guten Verlauf der Sitzung hin, die in vielen Fragen Klärung gebracht und neue Anregungen gegeben hat. Mit dem Wunsche auf weitere erfolgreiche Tätigkeit und einen weiteren Aufstieg des Verbandes schloß die Tagung.

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Trotz wesentlichen Rückganges der Arbeitslosenzahlen ist das Ergebnis unserer Erhebung über die Arbeitslosigkeit im Verbandesmitgliedern am Ende des Monats März keineswegs befriedigend. Die Berichtskarte ist von 148 Filialen mit 41492, davon 163 weiblichen Mitgliedern rechtzeitig eingelangt. Danach sind von den erfassten Mitgliedern 5915 männliche und 1 weibliche, zusammen 5916 oder 14,2 vom Hundert unserer Gesamtmitgliedschaft als arbeitslos ermittelt. Stellt man diese, in Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit recht hohe Arbeitslosenziffer mit den Verhältnissen des Vorjahres in Vergleich, so muß man feststellen, daß die Lage des Arbeitsmarktes, wie aus nachstehender Uebersicht hervorgeht, heute dennoch erheblich günstiger ist. Beträgt doch die Abnahme gegenüber dem Monat Februar in diesem Jahre 19,5%, während 1926 zu derselben Zeit nur eine Milderung von 13,9% eingetreten war.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Januar	147	146	37 107	41 486	14 507	15 830	39,1	38,1
Februar	152	144	40 144	40 893	12 868	13 772	32,0	33,7
März	140	148	36 691	41 492	6 629	5 916	18,1	14,2
April	134	—	39 428	—	3 501	—	8,9	—
Mai	144	—	41 266	—	3 855	—	9,3	—
Juni	141	—	39 938	—	4 479	—	11,2	—
Juli	144	—	40 323	—	4 336	—	10,7	—
August	141	—	41 345	—	5 421	—	13,1	—
Sept.	140	—	40 720	—	5 580	—	13,7	—
Oktober	150	—	41 369	—	7 167	—	17,3	—
November	147	—	41 194	—	9 471	—	23,0	—
Dezember	134	—	40 143	—	13 506	—	33,6	—

Im Gegensatz zu unserm Gewerbe, das noch stark unter den Wirkungen der alles verbeerenden Krise zu leiden hat, scheint im eigentlichen Baugewerbe ein Umschwung eingetreten zu sein, oder doch mit Aussicht auf Erfolg vorbereitet zu werden. Das einheimische Kapital ist zwar durch die fast mühelosen Gewinne der letzten Jahre noch verwöhnt und wendet sich trotz der zu niedrigstem Zinsfuß gewährten staatlichen Zuschüsse und trotz der schon eingetretenen und ab 1. Oktober um weitere 10% steigenden Mietpreise nur ungern dem Wohnungsbau zu. Nun hat eine amerikanische Bankfirma, oder wohl besser ein Konsortium amerikanischer Geldleute, der Stadt Berlin das Angebot gemacht, ein großes Bauprojekt, man spricht von 17 000 Wohnungen, ohne staatliche Zuschüsse aus eigenen Mitteln auszuführen. Die Hersteller wollen sich verpflichten, die neuerrichteten Wohnungen zu dem Normalfuß von 120% der Friedensmiete gleichgearteter alter Wohnungen abzugeben, und erkennen der Stadt das Recht zu, die Bauten nach angemessener Frist als Eigentum zu erwerben. Ähnliche Angebote sollen dann nach Abschluß der Vorverhandlungen auch andern deutschen Städten unterbreitet werden. So selbstverständlich es ist, daß das amerikanische Kapital dieses Unternehmen nicht aus reiner Menschenliebe und um Wohlfahrt zu finanzieren gedenkt, ist es doch bezeichnend, daß ein Teil unserer kapitalistischen Presse dieses Eingetretenen in das deutsche Wohnungswesen mit scheelen Augen ansieht. Man möchte sich doch da in Aussicht stehende Geschäft nicht verderben lassen, nachdem man durch jahrelange Tätigkeit für eine, dem Hausbesitzerinteresse „entsprechende“ Erhöhung der Mieten gesorgt hat. Und da der alte kapitalistische Grundsatz: „Angebot und Nachfrage regeln den Preis“ immer noch Geltung hat, befürchtet man auf der andern Seite, daß man möchte sich doch das in Aussicht stehende Gewinne bei der Ausführung der Bauvorhaben, auf der andern Seite einen Druck auf die Mieten für neue und noch zu errichtende Wohnungen. Uns will bedünken, als ob der deutsche Geschäftssinn allzusehr in die Ferne schweift und dabei dem ausländischen Kapital die willkommene Gelegenheit gibt, sich für alle Zukunft in unserm deutschen Mutterland festzuhegen.

Recht erfreulich und ein Zeichen beginnender Konjunktur auch in der Industrie ist die Abnahme der Kurzarbeiter von 1170 auf 345 beschäftigte Personen. Die Arbeitszeit war verkürzt: für 176 Beschäftigte bis zu acht Stunden, für 80 Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, und für 29 Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden, und für 80, davon 8 weibliche Beschäftigte, um mehr als 24 Stunden die Woche.

Nicht oder zu spät berichtet haben die Filialen: vom 1. Bezirk: Brandenburg, Forst, Olgau, Greifswald, Landeswerda, Landesgut, Landsberg a. d. W., Sagan und Zehdenitz; vom 2. Bezirk: Marburg; vom 3. Bezirk: Hildesheim, Schleswig, Wilhelmshaven und Wolfenbüttel; vom 4. Bezirk: Bochum; vom 5. Bezirk: Erfurt, Greiz und Halberstadt; vom 6. Bezirk: Emmendingen, Konstanz und Reimsdorf a. d. S.; vom 7. Bezirk: Bayreuth, Passau und Weiden. Die doppelten Wohnungen werden hoffentlich den Erfolg zeitigen, daß sich endlich einmal alle Filialen an der Berichtserstattung beteiligen werden. Stichtag für die nächste Erhebung ist der letzte dieses Monats. Wir weisen deshalb unsere Filialen besonders darauf hin, daß die Berichtskarte sofort nach dem 1. Mai an den Hauptvorstand abgeschickt werden muß.

### Teures Brot und lange Arbeitszeit.

Wenn man das Ergebnis der parlamentarischen Verhandlungen im Reichstag mit kurzen und knappen Worten festhalten will, so kann man sagen: Teures Brot und lange Arbeitszeit!

Die rechtsgerichtete Regierung hat im ersten Vierteljahr ihres Bestehens erfolgreich den Versuch gemacht, eine die Volkswirtschaft schädigende Wirtschaftspolitik zur Durchführung zu bringen. Der Vorstoß in der Frage der Getreidezölle hatte bekanntlich Erfolg in der Erhöhung der Weizenzölle. In dem Handelsprovisorium mit Frankreich wurde zum ersten Male seit Festlegung der Zölle die Spanne zwischen Getreidezoll und Weizenzoll,

die bisher nie höher war als 5 M., erhöht. Die Folge davon war eine sofort eingetretene Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel. Des ferneren wurden in dem Handelsprovisorium die Interessen der fertigerarbeitenden Industrie denjenigen der Winzer untergeordnet. Bekanntlich verlangt Frankreich, daß die deutsche Grenze für die billigen französischen Weine geöffnet wird. Die von der Zentrumspartei und den Deutschnationalen gestützte Regierung glaubt unter allen Umständen auf die katholischen Weinbauer Rücksicht nehmen zu müssen. Dabei ruht ein höherer Weizenzoll den deutschen Winzern sehr wenig. Die Ueberlegenheit des italienischen, französischen und spanischen Weinbaues beruht auf dem günstigen südlichen Klima. Und diese natürlichen Vorteile kann man durch keinen Zoll ausgleichen. Es ist eine verbrecherische Politik sondergleichen, durch erhöhten Zollschutz einigen Menschen Vorteile verschaffen zu wollen, wenn auf der andern Seite die Fertigungsindustrie Schaden erleiden muß, von deren Beschäftigungsgrad die Arbeiter zum größten Teile abhängen. Ueberblickt man also die Tätigkeit des Reichstages nach der Seite der Handelsverträge und der Zollpolitik hin, so war sie für die arbeitende Klasse durchaus negativ.

Noch größer ist aber das Manko, wenn man die sozialpolitische Tätigkeit dieses Parlaments überschaut. Der Kernpunkt der parlamentarischen Kämpfe der letzten Zeit war die

Schaffung eines Notgesetzes zur Regelung der Arbeitszeit. Bekanntlich wurde die Arbeitszeit in Deutschland durch die Verordnung vom Dezember 1923 ganz wesentlich verschlechtert. Ein Arbeiterschutzgesetz soll geschaffen werden, das diese so wichtige Frage endgültig regeln soll. In Verbindung damit steht die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Der Vorsitzende des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat kürzlich in einer Rede in Hamburg festgestellt, daß Deutschland bezüglich der Regelung der Arbeitszeit gemäß des Abkommens in Washington an 22. Stelle steht. Diese Feststellung hat blühartig gezeigt, daß noch viel nachgeholt werden muß, ehe Deutschland als sozialpolitisch fortschrittliches Land bezeichnet werden kann.

Bekanntlich hat früher innerhalb der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine einheitliche Front von den christlichen Gewerkschaften bis zum ADGB bestanden. Die erste Eingabe der Gewerkschafter an die Regierung war von den Gewerkschaften aller Richtungen unterzeichnet. Diese Einheitsfront wurde von den christlichen Gewerkschaften durchbrochen, als die Rechtsregierung gebildet worden war. Die christlichen Gewerkschaften fühlten sich als Teil dieser Regierung verpflichtet, mit der Reaktion gegen die Arbeiterschaft eine Einheitsfront zu bilden.

Der Abwehrkampf gegen das Notgesetz wurde eingeleitet durch eine temperamentvolle Rede, die der Vorsitzende des ADGB, Peter Grafmann, gehalten hat. Gestützt auf ein unanfechtbares Material setzte der Kollege Grafmann auseinander, welche Wirkung die Rationalisierung bisher gehabt habe. Diese Ausführungen waren so treffend gestützt, daß die Unternehmervertreter des Reichstages nur durch gewundene Erklärungen sich aus der Schlinge zu ziehen vermochten. Was Grafmann ausführte, vermochten sie nicht zu widerlegen: Und keiner hat es gewagt, folgende Feststellung des Vertreters der freien Gewerkschaften auch nur anzuzweifeln:

Die Rationalisierung hat den Zustand herbeigeführt, daß wir relativ geringe und unzureichende Reallohne bei überlanger Arbeitszeit und bei außerordentlich hohen Preisen haben. Denn die Rationalisierung hat weder eine Verkürzung der Arbeitszeit, noch eine Lohnerhöhung, noch eine vermehrte Einstellung von Erwerbslosen zur Folge gehabt. Sie hat damit nicht eine der Voraussetzungen erfüllt, die man seinerzeit bei ihrer Einführung an sie knüpfte. Eins hat sie allerdings gebracht: sie hat die Ertragsfähigkeit der Unternehmungen in ganz augenfälliger Weise, trotz umfangreicher stiller Reserven und sonstiger verschleieter Rücklagen, in der Öffentlichkeit erkennen lassen, und auf der andern Seite auch die Tatsache hervorgerufen, daß die Betriebe heute mit einer Unmasse von Kontroll- und Aufsichtsorganen besetzt sind, die, obwohl technisch vielfach absolut ungeeignet, den Betrieb finanziell außerordentlich belasten und die Möglichkeit von Lohnerböhen, die Möglichkeit von sonstigen sozialen Vorteilen für die Betriebsbelegschaft dadurch enorm behindern. Das Institut für Konjunkturforschung hat berechnet, daß die deutsche Volkswirtschaft infolge der Arbeitslosigkeit im Jahre 1925 rund 1,6 Milliarden Arbeitsstunden und im Jahre 1926 5,8 Milliarden Arbeitsstunden verloren hat. Das bedeutet einen Leerlauf im Jahre 1925 von 4% der jährlichen Produktionsleistung und im Jahre 1926 von 12%.

Treffend wurde von Grafmann die eigentümliche Tatsache hervorgehoben, daß die Preise der Rohstoffe, wie Wolle, Baumwolle, Felle, Kautschuk, Blei, Kupfer, Zink usw. in den letzten Monaten ganz außergewöhnlich zurückgegangen sind, die Fertigprodukte hingegen nur ganz wenig im Preise nachgelassen haben. Dadurch wurde die Rentabilität der Industrie ganz wesentlich gesteigert. Die Arbeiterschaft hat von dem Nutzen der billigen Rohstoffpreise weder in der Frage der Lohnhöhe noch in Gestalt billiger Preise irgend welche Vorteile gehabt. Die amerikanischen Unternehmer haben die Krisenperioden ihres Landes dadurch zu überwinden vermocht, indem sie die Erhöhung der Löhne um ein mehrfaches vornahmen und trotzdem die Preise zu senken vermochten. Nicht der Krieg und die reiche Natur des Landes hat nach Meinung der amerikanischen Wirtschaftler die Erhöhung des Lebensstandards ermöglicht, sondern der Umstand, daß in Amerika die Unternehmer als wirkliche Wirtschaftsführer anzutreten vermochten. Recht treffend hat Grafmann den deutschen Unternehmern von der Tribüne des Reichstages zugerufen, daß sie ihren ausländischen Kollegen nachzueifern müssen, wenn sie wirklich Anspruch auf das Prädikat „Führer“ erheben. Und wenn sie das nicht können, dann sollen sie von der Schaubühne abtreten und die Führung der Wirtschaft solchen überlassen, die wenigstens einmal neue Wege beschreiten wollen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer geben in der Regierungskoalition den Ausschlag. Ohne ihre Zustimmung

kann von der gegenwärtigen Arbeiterfeindlichen Regierung keine Befreiung zum Besten erhoben werden. Deshalb tragen diese „Arbeitervertreter“ vor dem Reichstag die Verantwortung für all das, was in den letzten Monaten im Reichstag geschehen ist. Das Notgesetz zur Regelung der Arbeitszeit ist beschlossene Tatsache. Dagegen läßt sich Zeit nichts ändern. Aber noch ist es nicht zu spät, endgültige Regelung der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung schließlich der Arbeitszeit und der Ratifizierung Washingtoner Abkommens steht noch bevor. Wollen die weittragenden Fragen der gesetzlichen Regelung Arbeiterschutzes im günstigen Sinne beeinflussen, müssen unsere Kollegen auf dem Posten sein. Das Parlament kann nur der Vollzieher wirklicher Machtverhältnisse sein, die außerhalb desselben bestehen. Ein Millionen gewerkschaftlicher Kämpfer mehr — und wir können jede gesetzliche Regelung der Arbeitszeit entbehren.

### Vergebliche Liebesmühe kommunistischer Parteiführer.

Die völlige Erfolglosigkeit der krampfhaften Versuchungen in die Vorbereitungen unserer letzten Verbandstage läßt die an dauernde Mißerfolge auf Geleiten allerdings gewöhnte kommunistische Partei diesmal nicht ruhen. Man will unter allen Umständen einen neuen Reinfall erleben. Deshalb hat man eine Aktion zur parteipolitischen Beeinflussung von Delegiertenwahlen und zur Verschärfung sein säuberlicher Anträge unternommen, die, frei nach dem Vorbild der kommunistischen Partei, mit List, Schlaubeit und illegalen Methoden in unsere Mitgliederversammlungen eingeschmuggelt werden sollen.

Statt dessen erhielten wir gleich von mehreren Gegnern, von denen die hinter dem Manöver stehenden Parteiführer weniger Reinlichkeitsgefühl vermuteten, als sie zeigen, ein Zirkular, in dem für eine Reihe Wahlkreise Kandidat vorgeschlagen und wo für diesen dann die Möglichkeit zu freiben ist. Dann wird auseinandergesetzt, in welchen Fällen beim Hauptvorstand Protest einzulegen ist, natürlich aber nur, wie besonders bemerkt wird, wenn nicht in einem andern Ort ein Kommunist vorgeschlagen wird. Sämtliche sind Verstöße gegen die Wahlvorschriften ganz Ordnung. — Zum Schluß aber heißt es:

Wir ersuchen dringend, uns schnellstens einen Bericht zu geben, welche Kandidaten in den einzelnen Filialen aufgestellt sind. Sollten in einer Zahl mehrere oppositionelle Kandidaten aufgestellt sein, werden wir durch Verständigung denjenigen Kandidaten bestimmen, für den wir Propaganda machen werden.

Diese Berichte werden in der kommunistischen Parteizentrale wenig Freude auslösen. Haben doch ihre Parteikampfbereiten Parteigänger gerade dort, wo man sich meistens Hoffnungen macht, gar nicht erst einen Kandidaten vorgeschlagen, trotzdem sie vor kurzem erst, unter auch mit Hilfe — gelinde gesagt — zweifelhafter Umschreibungen glaubten ans Ruder kommen zu können.

Nun können wir aber auch einen recht anschaulichen Einblick in die kommunistische Antragsfabrikation gewinnen. Es heißt dazu in einem besonderen Zirkular:

Die Anträge, soweit sie das Statut betreffen, sind in den Fraktionsführungen ausgearbeitet worden. Material dazu ist in dem Protokoll des letzten Verbandstages enthalten. Wir schlagen von uns aus nur einige grundsätzliche Anträge vor, wobei wir bemerken, daß aber nicht wörtlich eingereicht werden sollen, sondern Ihr müßt diese Anträge abschreiben und mit einigen Änderungen einreichen.

Diese Anträge betreffen, wie natürlich vorausgesetzt war, aus sehr durchsichtigen Gründen die Verschmelzung; ferner sollen die wegen ihrer politischen Ausprägung ausgeschlossenen Mitglieder mit vollen Rechten wieder aufgenommen werden, wozu wir bemerken müssen, daß, wenn dieser Antrag erfüllt werden soll, von uns die erforderlichen Ausschüsse vorgenommen werden müßten; denn das reichlich halbe Duzend Leute, die im Laufe der letzten Jahre ausgeschlossen haben, sind größtenteils Arbeitgeber geworden und teils ganz anders gelaufen, als daß sie würdig wären, einer freien Gewerkschaft anzugehören. Selbstverständlich sollen wir auch Studienkommissionen nach Rußland schicken; wahrscheinlich mit solchen Delegationen noch nicht genug Schmutz getrieben worden ist. Daß wir auch auf Herstellung einer Einheitsfront hinwirken sollen, ist nach der so ans Licht gekommenen Quertreiberei sehr originell. Selbstverständlich wird gewohnheitsmäßig auch die Schreibung unseres „Maler“ verurteilt und gefordert, daß diese Moskauer verpflichtet werden soll. Dann wird über die verständlich gar nicht bestehende Arbeitsgemeinschaft unsern Arbeitgebern dummes Zeug geredet und alberne Glossen werden darüber gerissen, daß wir andern auch versuchen, die Arbeitsgelegenheit für Gewerbe durch eine großzügige Propaganda mit anderen, an dieser Aufgabe beteiligten Faktoren zu streifen. Eine Tätigkeit, die bei unsern Kollegen voll Zustimmung findet. Der Schlußsatz des Zirkulars aber:

Wir weisen noch darauf hin, daß uns sowohl Namen der gewählten Delegierten nach Wahlzugehörigkeit, als auch die angenommenen Anträge möglichst schnell übermittelt werden. Wenn es möglich wird am Tage vor dem Zusammentritt des Verbandstages die Fraktionsführung der kommunistischen Delegierten stattfinden.

Nun wissen unsere Kollegen, woher gewisse Anträge kommen, die ihnen in diesen Wochen zugemutet werden sollen; wenigstens dort, wo die Kommunisten auf dem sein müssen, wollen sie nicht das Schicksal all derer, die wegen Unfolgsamkeit aus ihrer Partei ausgeschlossen wurden. Der Verbandstag wird diese so bestellte Anträge allerdings entsprechend zu würdigen wissen. Es ist zeichnend ist das Bemühen der kommunistischen Partei, die Parteizugehörigkeit der gewählten Delegierten zu schmälern, um diese dann in der üblichen Weise

nen. Die vorgesehene Fraktionsstimmung aber wird nur stattfinden, wenn zu ihr mehr walfahrten als ihr zu einem Skat notwendig sind. Da uns schon mehreren, weit auseinanderliegenden Orten gemeldet daß dort die nunmehr bekanntgewordenen Kullissen die Führer — allerdings sehr jaghaft nur — aus, ist anzunehmen, daß die gekennzeichnete Aktion nur von einem Bezirk, sondern von der Zentrale der anistischen Partei ausgeht. Unsere Kollegen werden dreifachen Einmischungsversuch in ihre Angelegenheit einzuschärfen und bei den jetzt stattfindenden Wahlen und den Beratungen von Anträgen tendenz zu handeln wissen.

### Aus unserm Beruf

#### Generalversammlung der Maler, Lackierer und Weißbinder zu Frankfurt a. M.

3. April fand im Gewerkschaftshaus die jährliche Generalversammlung der Filiale Frankfurt statt. Anwesen waren 112 Delegierte aus den Zahlstellen und Zirkeln. Kollege Ph. Gahn gab im Geschäftsbericht einen Rückblick auf die wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse im vergangenen Jahre. Eine noch nie da gewesene Arbeitslosigkeit lastete das ganze Jahr über auf dem Beruf. Mehr als die Hälfte der Kollegenschaft im Anfang des Jahres arbeitslos. Selbst in der ersten Hälfte des Jahres im Beruf immer Hochkonjunktur war eine große Zahl von Kollegen außer Brot. Durch die Verlängerung des im Februar abgelaufenen Reichstatarifvertrages einschließlich des Lohnens auf ein weiteres Jahr blieben wir von großen Kämpfen verschont. Der Durchführung der Tarifänderungen galt besonders die Tätigkeit der Organisationskommission eine schwere Aufgabe in dem Bewirten von Kleinrenten, die das Gros im Gewerbe darstellen. Wiederholt eingegriffen werden, um Mißstände abzustellen. Mehrfach waren die am Gewerbegericht durchgeführten Klagen wegen Lohnminderungen und Rückzahlungen. Bedenklich ist die starke Zunahme an Lehrstellen und die Beschäftigung von Hilfsarbeitern in diesem Gewerbe geworden. Die Jagd nach Arbeit hat auch im letzten Jahres Filialgebietes nach die tollsten Subventionen gezeitigt. Preisunterbietungen bis über 50% sind keine Seltenheit mehr und wirken auf das Gewerbe recht schädigend. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß aus der Arbeitskraft das letzte herauszuholen wird und die früher bekannte gute Qualitätsarbeit mehr verschwindet. Der Not der Erwerbslosen zu Folge der Organisation besonders am Herzen.

1925 wurden auch im letzten Jahre die Bemühungen der Arbeitsbeschaffung gefördert. Durch die Einwirkung einer Reihe von Notstandsarbeiten der Stadt Frankfurt a. M. war es möglich geworden, über 300 arbeitslose Kollegen in Arbeit zu bringen. In den letzten Jahren dagegen war die Beschäftigung im Gewerbe ungünstig. Das Organisationsverhältnis ist im letzten Jahre als gut zu bezeichnen. Zu dem Kassensbericht Kassierer Kollege Koch einige Erläuterungen. Im letzten Jahres zählte die Filiale 2915 Mitglieder. In den letzten Jahren in Krankheitsfällen und bei Arbeitslosigkeit wurden über 44.250 M zur Auszahlung gegen das Vorjahr ein Mehr von 17.000 M. an arbeitslosen Kollegen, die im letzten Winter mehr als 8.500 M erforderte. Ein Spiegelbild der großen Arbeitslosigkeit des letzten Jahres gibt auch die Beitragsleistung der Mitgliedschaft wieder, denn durchschnittlich auf jedes Mitglied im Jahre 11,6 Erwerbslosen. Die Gesamteinnahmen betragen 189.164,43 M, die Ausgaben 154.113,67 M, so daß ein Kassenbestand von 35.050,76 M verbleibt.

Der Geschäfts- und Kassenbericht, der den Kollegen vorliegt, bietet eine Fülle von Material, das funktionäre praktisch auszunutzen verstehen werden. In dem Bericht wurde der Verwaltung die Entlastung und sie durch Wiederwahl bestätigt.

Die Aussprache wurde die Tätigkeit der Verwaltung würdigt und zum Ausdruck gebracht, daß nur in der geschlossenen Front der Kollegenschaft, von solidarischen Geistes, gegenseitigem Vertrauen und Unterstützung in der Gewerkschaftsarbeit, erfolgreich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden kann.

Der diesjährige Verbandstag wird im Juni in Nürnberg, zu dem die Filiale Frankfurt a. M. 4 Delegierte entsenden hat. Die Kandidatenaufstellung, die bei der Versammlung vorgenommen wurde, ergab acht Kandidaten zur Wahl, die am 24. April erfolgt.

Die kurzen instruktiven Erläuterungen des Kollegen über den Verbandstag selbst, wurde zu den einzelnen Anträgen zum Verbandstag Stellung genommen. Der Antrag, die Alters- und Invalidenunterstützung zu erhöhen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag, die Zuständigkeit der Gewerkschaften und der zuständigen Stelle darauf hinwirken sollen, daß die Altersversicherungsgesetze ein Alterspensionsgesetz werden. Die Einführung einer lokalen Gewerkschaft auf fakultativer Basis wurde ebenfalls bei der Versammlung, daß bis zum 1. Oktober mindestens 500 Einzeichnungen vorliegen.

Die scharfe Zurechtweisung mußte sich Kollege Gahn bei der Einberufung am 15. März in der Arbeiterkammer Versammlung, gefallen lassen. In dem Artikel ist geradezu die Wahrheit auf den Tisch gestellt, wenn gesagt wird, die Organisation der Gewerkschaft lehne das Einbringen von Anträgen ab. Opposition um jeden Preis. Verweigerung der Gewerkschaft und ihrer Führer, das ist die bestimmende Rezepten verfolgte Parole der so genannten Opposition. Mit solcher Art Berichterstattung Kollegen der Arbeiterschaft nur Vorendentschuldigungen in der Organisation Schaden an. Ph. Gahn.

### Aus dem Jahresbericht der Filiale Hamburg.

Die Arbeitsbeschaffung ist im ganzen Jahr 1926 in Hamburg außerordentlich schlecht gewesen. Bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis für das Maler- und Lackierergewerbe kamen im Durchschnitt der 12 Monate auf je 100 offene Stellen 289 Arbeitsuchende. Nur im Aprilmonat waren Angebot und Nachfrage einigermaßen ausgeglichen, in allen anderen Frühjahrs- und Sommermonaten überstieg das Angebot weit die Nachfrage. Zur Beschaffung allgemeiner Arbeitsbeschaffung haben die Hamburger Gewerkschaften, vertreten durch den Ortsausschuß, ihr Bestes getan. Im September wurden von der gesetzgebenden Körperschaft 46 Millionen Mark für Notstandsmaßnahmen und Notstandsarbeiten bewilligt, darunter 30.141.000 M für Arbeitsbeschaffung. Letztere insbesondere auf Antrag der Gewerkschaften. Mit den vorher schon bewilligten Mitteln für Staatsaufträge hat Hamburg insgesamt 180 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffung bereitgestellt. 7700 Wohnungen sind mit Staatszuschuß erbaut worden, die allerdings erst zum Teil 1927 fertig werden. Unsererseits sind, zusammen mit der Arbeitgeberorganisation, gleichfalls umfangreiche Werbungen

**Der Mensch ist gut und will das Gute, er will nur dabei auch wohl sein, wenn er es tut; und wenn er böse ist, so hat man ihm sicher den Weg verrammelt, auf dem er gut sein wollte. O! Es ist ein schreckliches Ding um dieses Wegverrammeln! Und es ist so allgemein, und der Mensch ist deshalb auch so selten gut! Aber dennoch glaube ich ewig und allgemein an das Menschenherz und gehe jetzt in diesem Glauben meine bodenlose Straße, wie wenn sie ein römisch gepflasterter Weg wäre. Pestalozzi.**

für Arbeitsaufträge im Winter bei Privaten unternommen worden, die allerdings besonderen Erfolg noch nicht gebracht haben.

Die Schmutzkonkurrenz ist auch unter den hiesigen Malermeistern ein weit verbreitetes Uebel. Sie trägt einen wesentlichen Teil zur Erwerbslosigkeit bei und benachteiligt die Kollegenschaft in ihrer Erwerbsmöglichkeit sehr stark. Es ist daher von der Filiale Hamburg und der Arbeitgeberorganisation der gemeinsame Versuch unternommen worden, diesem Uebel beizukommen. In langen Verhandlungen ist, im Anschluß an § 11 Ziffer 2 des Reichstatarifs, eine sogenannte Leistungsnorm geschaffen worden. Diese setzte sich zusammen: a) aus ziffernmäßig festgesetzten Leistungsnormen für Gehilfen über 20 Jahre bei Bauen und Arbeiten in unbewohnten Räumen aller Art; b) aus Materialaufwand nach Mengen und Preis; c) aus Unkostenberechnung; d) Beschäftigung und Entlohnung Ungerlehter; e) Maßnahmen gegen Schwarzarbeit, entsprechend § 7 Ziffer 4 des Reichstatarifs. Das Ortsaristamt sollte jedes verdächtige Submissionsangebot nachprüfen, und zwar 1. den Lohnverbrauch auf Grund der Leistungsnorm; 2. den Materialverbrauch auf Grund der festgesetzten Materialverbrauchsangaben; 3. die Unkosten auf Grund der festgesetzten Unkosten-Kontrollsätze. Damit war der Weg gegeben zur gemeinsamen Bekämpfung der ungeheuerlichen Submissionsunterbietungen. Jedoch hat die Mitgliederversammlung diese Vorlage mit Mehrheit abgelehnt.

Starke Kämpfe haben im Ortsaristamt über die örtliche Ergänzung des Reichstatarifs stattgefunden. Die Arbeitgeberseite verlangte insbesondere teils Neueinführung, teils Verlängerung der bestehenden Pausen, die von unsern Kollegen abgelehnt wurden. Endgültige Entscheidungen in der Berufungsinstanz sind nicht herbeigeführt worden, so daß der alte Zustand bestehen blieb.

Der Reichstatarif konnte mit wenigen Ausnahmen trotz der schlechten Konjunktur durchgeführt werden. Die Lackiererkollegen litten, soweit die Automobilbranche in Frage kommt, besonders unter einer schlechten Konjunktur. Uebertariflich gezahlte Löhne wurden mehrfach abgebaut. Ganz besonders litten die Werfkollegen unter ungenügender Entlohnung.

Betriebsunfälle kamen im Filialgebiet 14 vor, davon waren 5 tödlich. Eine Verbesserung des Leitergerüsts ist vom Filialvorstand angestrebt worden und wird voraussichtlich im Jahre 1927 auf dem Verordnungswege durchgeführt werden.

Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 2599. Eine Mitgliederzunahme von 234 ist vorhanden. Die Jugendabteilung hat sich besonders gut entwickelt, sie hatte eine Zunahme von 148. Die Mitgliederversammlungen waren stets nur mäßig besucht. Der Streit um Richtung und Taktik — Amsterdam oder Moskau — wurde von der sogenannten Opposition nach wie vor geführt, obwohl ihre Zahl verhältnismäßig gering ist. Wir haben deshalb auch zu verzeichnen, daß nicht eine einzige Mitgliederversammlung harmonisch verlaufen ist. Die Agitation unter den zahlreich Anorganisierten wird durch das Verhalten der Kommunisten stark beeinträchtigt. Ihre örtliche Presse leistet in der Beschimpfung und Herabsetzung der Gewerkschaftsangehörigen und der Sozialdemokratie ganz erkleckliches. Unsere kommunistischen Kollegen unterstützten diese Presse durch Lieferung von Versammlungsberichten, die sämtlich Unwahres und Verdrehung von Tatsachen enthielten. Wenn trotz alledem die Filiale Hamburg seit 1924 einen steten Aufschwung zeigt, so kann man den Umständen nach mit dem Stand der Hamburger Organisation zufrieden sein. T.

Rechtlich. Unsere Generalversammlung fand am 27. März bei guter Beteiligung statt. Vertreten war die Zahlstelle Waren; die Zahlstelle Friedland hatte keinen Delegierten entsandt. Der Vorsitzende, Kollege Büttner,

wies in seinem Jahresrückblick darauf hin, daß seit Bestehen der Filiale das Jahr 1926 wirtschaftlich das schlechteste war, das die Filiale durchmachen mußte. Waren doch am Schluß des Jahres von 58 Kollegen 45 schon wochenlang arbeitslos. Betreffs Beschaffung von Winterarbeit hatten mehrere Sitzungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, die leider ohne Erfolg für die Kollegen geblieben sind. Alle zugereisten Kollegen waren, mit einer Ausnahme, unorganisiert, so daß wir sie erst dem Verbandsrat zuführen mußten. Einige kamen auch aus Großstädten. Es ist dies ein Zeichen, daß noch überall für unsere Bestrebungen viel zu tun übrig bleibt. Tief zu bedauern ist es, daß im Gebiet unserer Filiale bei 58 Kollegen 50 Lehrlinge beschäftigt werden. Einer scharfen Kritik wurden daher auch die Unternehmer unterzogen, die die Lehrlingszucht im großen betreiben, wodurch Zustände geschaffen werden, die aller Beschreibung spotten. Ist es doch vorgekommen, daß Lehrlinge vom Unternehmer zur städtischen Armenfürsorge geschickt wurden, um ihr Kostgeld von dort zu holen.

### Berufsunfälle

Kiel. In dem Betrieb Deutsche Werke A.-G., Werft Kiel, verunglückte am 4. April bei Außenbordarbeiten an einer auf dem Lande stehenden, mit einem festen Gerüst umgebenen Yacht der 50 Jahre alte Kollege Heinrich Harder. Harder stürzte, jedenfalls infolge Schwindelanfalles, aus einer Höhe von circa 3 m vom Gerüst und erlitt, außer Hautabschürfungen an Kopf und Beinen, eine Gehirnerschütterung.

### Baugewerbliches

Soziale Bauwirtschaft. Monatlich zwei Hefte, Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 50 P. Verlag: Verband sozialer Baubetriebe, Berlin S.14. Als die Arbeiter und Angestellten den Wert einer aktiven Teilnahme an der Wirtschaft erkannten, standen sie vor der Aufgabe, sich erst die notwendigen Kenntnisse zur Führung der Geschäfte erwerben zu müssen, und damit ein ganz neues Gebiet zu betreten. Leicht ist das nicht gewesen, aber jähher Wille, Opfermut und Ausdauer haben auf vielen Gebieten Vorbildliches geschaffen. Die Einrichtungen der Konsum- und Baugenossenschaften, der Arbeiterbank, der Bauhütten und der gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorge-Gesellschaften haben die Fähigkeit der Arbeiter und Angestellten auch auf wirtschaftlichem Gebiet bewiesen. Sie haben sich nicht darauf beschränkt, bereits Vorhandenes einfach zu übernehmen, sondern sie haben selbstschöpferisch Mustergültiges geschaffen. Im vorliegenden Heft zeigt Walther Ilstor in seinem Aufsatz „Die Buchführung des Baubetriebes“, wie diese Buchführung beschaffen sein muß, um allen Anforderungen zu genügen. Die privaten Baubetriebe werden zweifellos diese Ausführungen ebenso begrüßen, wie die Darlegung des Ing. Otto Rohde über „Wirtschaftliche Materialgebarung“, in denen er die Wege zu einer pflichtlichen und sparsamen Materialbewirtschaftung angibt. Der Geschäftsführer der Bauhütte Nord, Architekt H. Klement, gibt aus seiner reichen Praxis in einem weiteren Aufsatz eine Fülle von Anregungen über die zweckmäßigste Grundrissgestaltung kleiner Wohnungen. In die schönen Zeiten, wo noch jeder Handwerksgehilfe zum Wanderstab greifen mußte, wenn er seine Fach- und Weltkenntnisse erweitern wollte, erinnert die Schilderung der Organisation der „Fremden oder Geschriebenen“ im Zimmergewerbe, die sich ungeachtet aller Fortschritte der Technik bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Das Heft enthält dann noch die neuen Richtlinien des preussischen Ministers für Volkswirtschaft für die Neubaufinanzierung in Preußen, dazu eine Anzahl interessanter kurzer Notizen.

### Sozialpolitisches

Die Uebermüdung bei Flieharbeit. Die Flieharbeit mit und ohne laufendes Band findet auch in der deutschen Industrie zunehmend Eingang, und es steht zu erwarten, daß im laufenden Jahre eine ganze Anzahl von Betrieben auf diesen Arbeitsvorgang umgestellt werden wird. Diese Umstellung bewirkt schwerwiegende Folgen für die Arbeiterschaft in bezug auf Arbeitslosigkeit, Lohnpolitik und Arbeitszeit, aber auch für die Gesundheit der von ihr betroffenen Arbeitnehmer. In einem ausschlußreichen Aufsatz von Ludwig Preller „Flieharbeit und Arbeiterchutz“ im Februarheft der Zeitschrift „Die Arbeit“ wird dem Problem der Uebermüdung infolge Flieharbeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die große Gefahr der Uebermüdung durch Flieharbeit besteht eben darin, daß sie oft unsichtbar ist. Die Schädigungsmöglichkeiten, die sich aus der Arbeitsweise am fließenden Band (erzwungene Körperhaltung, rasches Tempo oder Monotonie der Arbeit) ergeben, werden nicht so bald sichtbar, und selbst bei Bestrebungen, betriebs- und psychotechnische Verbesserungen einzuführen — wie richtige Platzbeleuchtung, bequeme Sitz- und Stehgelegenheit, gute Anordnung auf dem Arbeitsplatz usw. — werden sogenannte Ermüdungsreste schwer sofort zu konstatieren sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die neue Methode starke Intensivierung der Arbeit mit sich bringt, und so muß die Frage gestellt werden, ob nicht der Beginn des Leistungsabfalls des Arbeiters in früherem Alter als bei andern Arbeitsarten einsetzt. Nicht einmal das Anhäufen von Fehlerarbeit ist ein ausreichendes Warnungszeichen dafür, daß das Arbeitstempo in einem gewissen Betrieb überpannt wurde, weil das System der fließenden Arbeit eine gefährliche Ueberanstrengung auch ohne bemerkenswerte Häufung von Fehlerstücken möglich macht und daher lange Zeit hindurch unbemerkt bleibt. Das Arbeitstempo wird bei Flieharbeit einseitig von der Betriebsleitung bestimmt, und die Selbsthilfe des Arbeiters kann infolge des gebundenen Arbeitsvorganges in viel geringerem Maße eintreten als bei andern Produktionsarten. Daher muß auf die Frage des Arbeitstempoes besonderes Gewicht gelegt werden. Bei der Umstellung in Deutschland geben die Unternehmer offensichtlich von kapitalistischen Grundfäden aus, wonach

Hochleistungen, wie sie von den besten Arbeitern erwartet werden können, erstrebt werden. Dies muß natürlich zur Uebermüdung des Arbeiters und damit zum Haß gegen das System führen. Die verstärkte Arbeitsintensität muß durch kürzere Arbeitszeiten ausgeglichen werden. „Im allgemeinen kann wohl gesagt werden — schreibt Dr. Preller — daß Fließarbeit einmal der stärkeren Intensivierung der Arbeit wegen, zum andern um Ueberproduktion bei der Herstellung von Massenprodukten zu vermeiden, kürzere Arbeitszeiten ermöglicht und erfordert.“ Unter dem Gesichtspunkt der Fließarbeit bekommt die Frage nach dem Akkordlohn eine neue Wichtigkeit, weil dabei sowohl dem verhängnisvollen Akkorddrücken ein breiter Spielraum gelassen wird, wie auch dieses System die Gefahr erhöht, daß der Arbeiter um des höheren Verdienstes willen das Tempo selbst zu steigern geneigt ist. Die erhöhte Arbeitsintensität bei Fließarbeit bildet bereits an sich eine Gefahr für die Gesundheit des Arbeiters, dies kann durch den Akkord noch gesteigert werden. Wichtig ist die Frage der Ruhepausen. Es müßte eine Anzahl von Kurzpaußen eingelegt werden, um Ermüdungserscheinungen infolge Leistungsintensivierung auszugleichen. Das Interesse der Arbeitgeber richtet sich aber in der Regel gegen kurze Arbeitspausen. Das Schicksal des älteren Arbeiters erscheint in diesem System, wo die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Arbeitsintensivierung den Leistungsabfall des Arbeiters in ein früheres Alter verlegt, als ein wichtiges Problem und stellt dem Arbeiterschutze neue Aufgaben. Die Einförmigkeit der Arbeitsweise bei Fließarbeit erhöht die Wichtigkeit der bestmöglichen Ausnutzung der Freizeit des Arbeiters. Aus allen diesen Fragen entstehen neue Probleme für den Arbeiterschutze, die aber nicht allein durch den Staat, sondern auch von den Arbeitnehmern im Tarifvertrag gefördert werden müssen.

**Arbeitsgerichtsgesetz und Betriebsräte.** Mit dem 1. Juli 1927 wird das neue Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft treten. Es soll den Anfang bilden zu einer Vereinheitlichung des ganzen Arbeitsrechtes. Da ist es eine besondere Aufgabe der Betriebsräte, sich mit den Bestimmungen vertraut zu machen. Soweit handwerkliche Betriebe in Betracht kommen, schreibt das Gesetz zwingend die Bildung besonderer Handwerkskammern vor. Im übrigen gehören alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in Zukunft vor die Arbeitsgerichte, selbst wenn der Streit nur einen losen Zusammenhang mit dem Arbeitsvertrag hat.

Neu ist in diesem Zusammenhang, daß auch die Gewerkschaften künftig als Korporation, das heißt als Vereinigung das Recht der Klageerhebung haben. Ebenso ist das Klagerrecht des Betriebsrates erweitert, als Vertreter einer Korporation; in diesem Falle als Vertreter der Belegschaft.

Das Gesetz läßt zu, die Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Tarifvertrag von den neuen Arbeitsgerichten wegzunehmen und vor tarifliche Schiedsgerichte zu bringen. In der Regel scheint es nicht angebracht, die Tarifparteien mit einer solchen juristischen Mehrarbeit zu belasten. Wo es aber dennoch geschieht, hat der Betriebsrat die Aufgabe, diese Bestimmung genau im Auge zu behalten.

Besondere Einzelheiten bedürfen eines genaueren Studiums der ganzen Materie. Bisher war es Rechtsens, zum Beispiel in Streitfällen, betreffend den Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern, in erster Instanz an den bisherigen Arbeitsgerichten endgültig zu entscheiden. In wichtigen Fällen ist heute eine Berufungsmöglichkeit nach dem neuen Gesetz, §§ 8 und 63 ufw., gegeben.

In vielen Fällen werden gerade Betriebsratsmitglieder künftig, mit einer Prozeßvollmacht ihrer Organisation ausgerüstet, den Verband an den Arbeitsgerichten vertreten. Hier muß besonders darauf hingewiesen werden, daß eine Freistellung von der Arbeit nur dann zulässig sein wird, wenn es sich um Streitigkeiten und Vertretung der eigenen Belegschaftsmitglieder handelt. Für die Vertretung von Verbandskollegen aus fremden Betrieben muß der Betriebsrat seine Freizeit benutzen. Urlaub verlangen kann er zu diesem Zweck nicht! Also Achtung!

**Arbeitsintensität und Krankheitsziffern.** Es ist allgemein bekannt, daß die Arbeitsleistung in allen Zweigen der deutschen Industrie mächtig gewachsen ist. Die Rationalisierung, raffinierte Akkordsysteme und der schnelle Gang der Produktion im allgemeinen verlangen von dem Arbeiter, daß er seine ganze Kraft zur Verfügung stellt. In der Nummer 11 der Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ finden wir einen lehrreichen Artikel von A. Friedrich, der das Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Krankheitsziffern treffend in Parallele stellt. Nachdem die Steigerung der Arbeitsleistung statistisch nachgewiesen, heißt es in dem betreffenden Aufsatz: „... dieser Arbeitsprozeß fordert mit granfamer Sicherheit, daß jeder Arbeiter von Zeit zu Zeit so weit heruntergewirtschaftet ist, daß er kürzere oder längere Zeit der Arbeit fernbleiben muß. Das trifft selbst bei dem kräftigsten Arbeiter zu. Um wieviel kürzere ist es aber mit dem besten, der durch Alter oder an und für sich bereits mit einem körperlichen Fehler behaftet ist, und wo wäre das durch die kriegs- und nachkriegszeitlichen Einwirkungen nicht festzustellen?“ — Viele Unternehmer führen die hohen Krankheitsziffern auf das hohe Krankengeld zurück, obwohl dieses auch heute noch lange nicht an den entgangenen Arbeitsverdienst heranreicht. Es ist ihnen noch nicht eingefallen, daß eine wahnwitzige Arbeitsweise ganz naturgemäße hohe Krankheitsziffern im Gefolge haben muß.

Der Bund deutscher Bodenreformer hält vom 18. bis 20. April seinen 31. Bundesstag in Schwerin i. M. ab. Die Bodenreformer haben Schwerin als Tagungsort gewählt in Rücksicht auf die bodenpolitischen Fragen, die hier zur Entscheidung drängen; indem sie hoffen, durch ihre Verhandlungen einen bodenrechtlichen Fortschritt in Mecklenburg zu dienen, der sich nicht nur auf den Gebieten des Wohnungs-, Pacht- und Siedlungswezens, des Städtebaus und der Landesplanung, sondern im gesamten Wirt-

# Was, Kollege, Du bist noch kein Verbandsmitglied?

Nun wird es aber wirklich die höchste Zeit, Dich anzumelden.

## Keiner darf mehr abseits stehen.

schaffswesen zum allgemeinen Wohle auswirken und für das Reich, ganz besonders aber für die Ostdeutsche Siedlung, vorbildlich werden kann. So wird der Erste Vorsitzende des Bundes, D. Dr. Adolf Damaßke, zwei Vorträge halten über „Bodenreformarbeit und Bodenreformaufgaben“ und „Erbpacht und Bodenreform“. Außerdem werden sprechen Oberregierungsrat Dr. Hoppe (Dresden) über „Die Veredelung der Hauszinssteuer“, Landtagsabgeordneter Baumecker (Liopoldshall) über „Die Grundwertsteuer in Anhalt“, Geheimrat Professor Dr. Erman (Münster) über „Einwendungen gegen das Bodenreformgesetz“. Ueber Erziehungsfragen sprechen Medizinalrat Dr. Engelsmann (Ahl): „Die Katastrophe der deutschen Familie“ und Gewerbeoberlehrer Baghe (Berlin): „Berufsschule und Bodenreform“. Die Vorträge sind öffentlich, so daß jedermann Gelegenheit hat, sich über die vielumkämpfte Bodenreform ein selbständiges Urteil zu bilden.

### Vom Ausland

**Von den Malern in Frankreich.** Die Maler besitzen in Frankreich keine eigene Organisation. Sie sind den Bauarbeitern angeschlossen, die wieder entsprechend den bestehenden Parteirichtungen in drei Bauarbeitergewerkschaften zerfallen: in die sozialistische, die unitäre und die autonome.

Der Ursprung der französischen Gewerkschaftsbewegung geht auf die Anarchisten zurück, die sich „autonom“ nennen. Noch vor 35 Jahren wurden Sozialisten, die sich etwa in den sogenannten „Arbeitsbörsen“ (Gewerkschaftsbureaus der Departements) blicken ließen, abgewiesen. Allmählich näherten sich die anarchischen Maler den Sozialisten, später gingen sie aber 1922 zur unitären Gruppe — den Kommunisten —, wo sie sich wieder lossagten, um abermals eine eigene „autonome“ Gruppe zu bilden. In den letzten Monaten zeigt sich jedoch bei ihnen mehr und mehr das Bestreben eines Zurückfindens zur sozialistischen Baugewerkschaft.

In allen drei Gewerkschaften zusammen sind in Paris etwa 500 Maler organisiert. Davon gehören etwa 80 zur sozialistischen Gewerkschaft, 150 zu den Kommunisten und der Rest zu den Anarchisten. Von jeher waren die Maler diejenige Fachgruppe, die sich am wenigsten organisierte. Allerdings gibt es daneben noch eine besondere Gewerkschaft der „Spiegel- und Glasmaler“, in der auch Maler sind. Nur etwa 50 Spiegel- und Glasmaler sind nicht organisiert. In jener Gewerkschaft befinden sich etwa 200 bis 210 Kollegen. (Irgendein Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Gewerkschaften findet natürlich nicht statt. Auch Versammlungen werden niemals gemeinsam abgehalten, da die kommunistische Parole der „Einheitsfront“ doch nur einen Gimpelfang bedeutet, auf den man nicht hereinfällt.)

Ausser in Paris, zählt die Baugewerkschaft noch starken Maleranhang in Marseille, Lyon und Bordeaux. Ganz besonders in Lille. Die dortige Baugewerkschaft hat 700 bis 800 Mitglieder, unter denen sich etwa 150 Maler befinden.

Die Arbeitslosigkeit ist auch unter den französischen Malern sehr gross. Ein Maler verdient in Paris ungefähr 4,75 bis 5 Franken pro Stunde, was etwa

beim heutigen Kurs 80 3 ausmacht. Vor sieben Monaten also vor dem französischen Wirtschaftsumschlag, hat man teilweise noch etwas mehr verdient; aber man machte das, in deutschen Pfennigen ausgedrückt, anseits bedeutend weniger als 80 3 aus. Natürlich infolge der Arbeitslosigkeit jetzt auch überall eine Lohndrückerei ein, und obendrein wird die Stundenzahl sehr herabgesetzt. Manche Arbeitgeber lassen noch 8 Tage in der Woche arbeiten. In Lyon ist die Lohnhöhe ungefähr die gleiche; doch wird sonst in der Provinz bedeutend weniger als in Paris bezahlt. Es ist nun allerdings zu, dass die Lebenskosten etwas billiger als in der Grosstadt sind. Ein Maler in einer Provinzstadt verdient etwa 4 bis 4,25 Franken pro Stunde, ist dies ein freies Arbeitsverhältnis. Kontrakte werden nicht abgeschlossen.

Wie unter allen Arbeiterkategorien, so besteht auch unter den Malern in Frankreich ausserordentlich viel Ausländer; meist Italiener und Spanier. Sie verdienen etwas weniger als die Franzosen. Sie werden meist für gewöhnlichere Arbeiten in Anspruch genommen.

### Berchiedenes

**Vierundzwanzig-Stundenzählung ab Mai 1927.** Telegraphenbetrieb gilt die Vierundzwanzig-Stundenzählung bereits vom 1. November 1926. Bei der deutschen Wehrmacht, und zwar sowohl im Heer wie in der Marine, wird sie ab 15. Mai ebenfalls eingeführt. Für die Marine und die Eisenbahn tritt sie mit den neuen Fahrplänen am 15. Mai in Kraft. Von diesem Tage ab werden die Stunden durchgehend von 0 bis 24 bezeichnet. Der weis auf die Kennzeichnung der Nachtstunden durch die Streichung der Minutenziffern in den Fahrplänen fällt fort. Die Abfahrtszeit genau um Mitternacht mit 0,0, die Ankunftszeit genau um Mitternacht 24,0 bezeichnet. Damit folgt Deutschland den meisten übrigen Ländern, wo die Einteilung des Kalendertages 24 Stunden schon längst üblich ist. Das Publikum wird allerdings erst an diese Aenderung gewöhnen müssen. Bis noch ist sie ein Fortschritt.

### Literarisches

Die Gewerkschaften auf der Welt in Düsseldorf 1926. Vorstand des ADGB, gibt in einer hübschen Mappe einen Überblick aus der Sonderausstellung des Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes auf der großen Ausstellung für Gesundheitspflege, Sozialfürsorge und Lebensübung in Düsseldorf. Die besten und klarsten Reproduktionen sind aufgenommen um eine dauernde Erinnerung an die erstmalige großartige Ausstellung des gesamten gewerkschaftlichen Lebens und Weltanschauung. Die gut gelungenen Bilder können in bester Weise aufzuklärende Ausstellungen den Gewerkschaften als Muster dienen, aber auch Anregungen zu neuen Ausdrucksformen geben. Herausgabe des ADGB ist nur zu begrüßen.

Die Werte der Hausarbeit spielen insbesondere im städtischen Haushalt eine bedeutende Rolle. Die Nummer 3 „Frauenwelt“ beginnt im Zusammenhang mit oben genanntem Thema eine Reihe von Artikeln unter dem Motto: Die Frau der Zeit und die Frauen. Jede erwachsene Frau wird in den vorliegenden und kommenden Ausgaben zur Erfüllung ihrer vielfachen Pflichten wertvolle Anregung erhalten. — Jede Nummer kostet 30 Pf. Mit Schnittmusterbogen mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und anstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Die Nacht Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Kulturwille Nr. 4/IV. Sondernummer „Welt und Einzelnummer 25 A. Jahresabonnement 2,40 M. Probenummer frei. Verlag: Allgemeines Arbeiterbildungs-Institut, Brauhausstraße 17. Unter den vielen Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Kulturwillens hat dieses Sonderheft bei Kulturwillens eine eigene Note. — In der Zeitschrift Arbeiterwillen interessieren vor allem Bildungsarbeit der Arbeiter, „Kad“ und Erziehung in England“ und zwei weitere zu dem Thema: „Jugendweiche“. Wie das schon in früheren Heften des Kulturwillens charakteristisch ist, so gibt diese Nummer dem Arbeiter die Möglichkeit, ein überaus umfangreiches Stoffgebiet in straffer Zusammenfassung zu verfolgen, schärfst das kritische Gefühl und weckt zweifelhafte Fragen, sich mit Kulturfragen stärker zu beschäftigen. den Kulturwillen nicht fest, fordere eine Probenummer vom Verlag.

Henry Hoel: Sinner, Sonne und St. Ein Buch den Frühling im Hochgebirge. Verlag J. M. Rodig, Leipzig. Preis 4,50 M. Ein treffliches Buch widmet dem Verfasser seinen Sportfreunden im Schnee. Er hält das teurer für nötig, um starke Menschen zu erziehen. Nur aus dem faß entsteht „Leben“. Mann und Frau bedingen sich, Gut und Böse, Licht und Schatten, Bewegung und Stille, Gefahr und Gefahr. Daher der Reiz jedes echten Wandersportlers, der mehr ist als harmloses Hummel bringt Gefahr; das ist der Reiz des Fliegens, Bergsteigens, Skilaufens. In diesem Sinne predigt Hoel in seinem empfehlenswert, gut ausgestatteten und reich illustrierten Buch „Sonne und St.“: Zurück zur Natur!

„Arbeiter-Jugend“. Soeben erscheint das Aprilheft „Arbeiter-Jugend“, das sich besonders an die Schulentlassenen wendet. Das Hauptblatt enthält u. a.: Was will werden? Von Max Westphal. Wieder einmal: Jugend Von Robert Breuer. Die Sache ist erledigt. Von Ernst Reumann. Die sozialistische Arbeiterjugend im Jahre 1. Beilage. Die Arbeitsgemeinschaft: Der Arbeiter. Von H. N. Brailford. (Schluß). „Rationalisierung“, Walter Masche Film und proletarischer Kulturwille. Von Elgruber (Illustriert). Warum ich lieber Filme mache. (Charlie Chaplin, Gegenprozesse, Von Elsehard. 2. Beilage. Kultur und Leben: Osterfeuer. Von Helm Weisenbring. Wera Figner. Von Peter Garwin. bern in alter und neuer Zeit. Von E. R. Müller (Illustriert). Jugendwandern vor zwanzig Jahren. Von Richard Linnemann. dem Tagebuch eines Scherlehrings. Von Felix Feder. Riffman und die SAJ. Für unsere Spielkarten und Spieler. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Post und jede Parteibuchhandlung. Das Einzelheft kostet 25 Pf. Die Nummer wird als Maler-Sonderheft erlassen.

Vom 17. bis 23. April ist die 16. Beitragswochenende.

### Sterbetafel.

Breslau. Am 10. April starb unser Kollege Max Schulz im Alter von 64 Jahren an Magenkrebs.  
 Kiel. Am 4. April starb nach langem Leiden der Kollege Johann Ewers, geboren am 16. Mai 1862 in Eckernförde.  
 Ehre ihrem Andenken!

# FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 4 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungs-austausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!